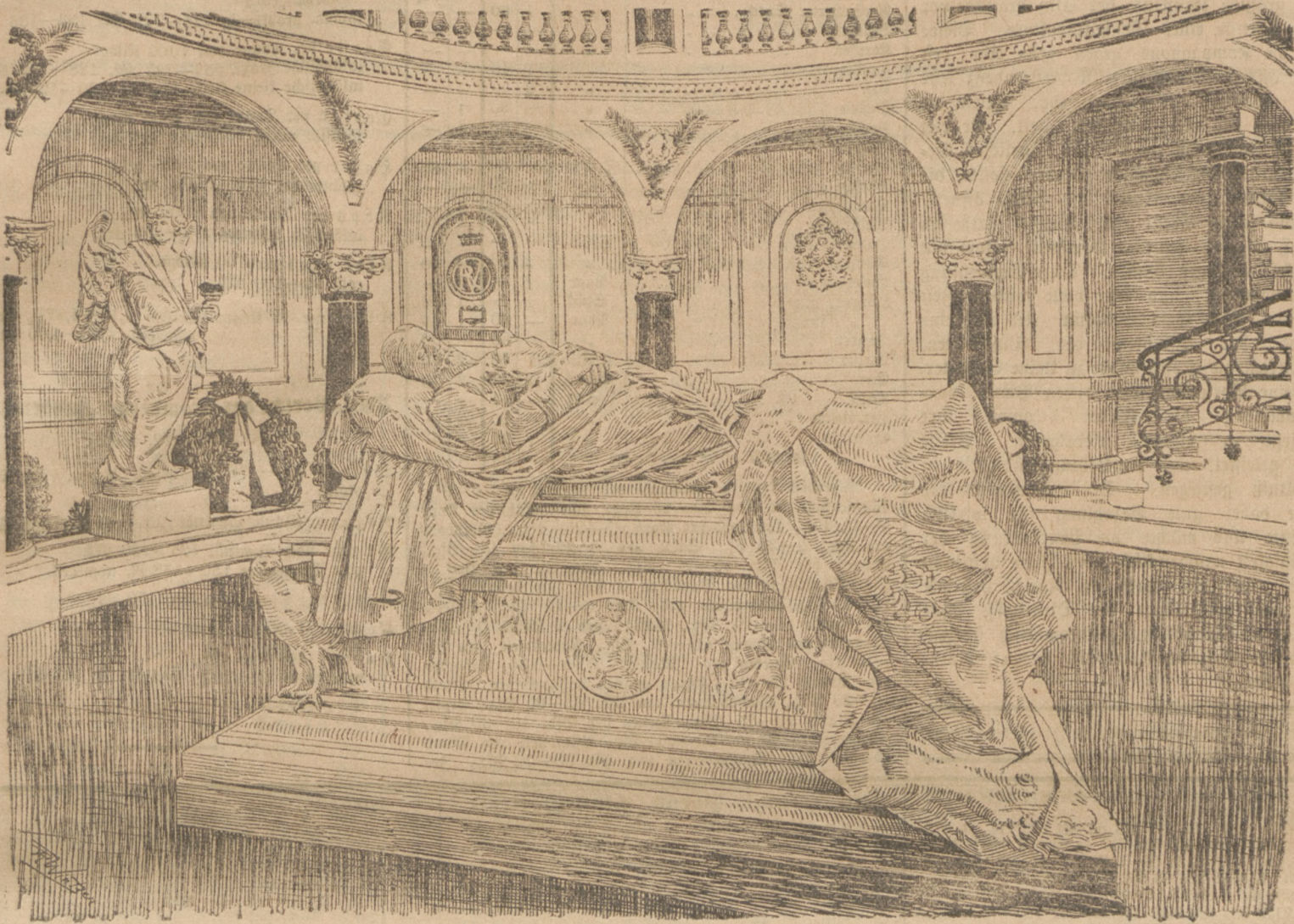


# Chorner Zeitung

Nr. 189

Mittwoch, den 14. August

1901



Das Innere des Mausoleums in Potsdam.  
(Ruhestätte des Kaisers und der Kaiserin Friedrich.)

Am der Seite Kaiser Friedrichs ist nun am heutigen Dienstag seine treue Lebensgefährtin, nachdem sie ihm ins Jenseits gefolgt ist, zur letzten Ruhe gebettet worden. Ihre irdische Hülle wurde mit den sterblichen Überresten der Lieben vereint, die sie vor sich mußte scheiden sehen. Auch die Prinzen Siegmund und Waldemar, die der unerlöschliche Tod frühzeitig der sorgenden Mutter entriß, ruhen im Mausoleum, das an die Potsdamer Friedenskirche im äußersten Winkel des Parks von Sanssouci angegliedert worden ist. Wie sie Leid und Freud, Glück und Segen im Leben stets miteinander getheilt, wie sie zahlreiche gemeinnützige Bestrebungen mitzamen verfolgt haben, so ist auch dieses Mausoleum, ihre letzte Ruhestätte, ein gemeinschaftliches Werk des Kaisers und der Kaiserin Friedrich. Als der edle Dulder nach dem Süden ging, um dort Erholung und Heilung von seinem schweren

Leiden zu suchen, sah er in den Tiroler Bergen zur Innigen bekanntlich ein kleines Kirchlein, das der Grabeskirche in Jerusalem nachgebildet ist. Er litt ohne zu klagen, aber er war auf das Ende vorbereitet; Todesgedanken beschäftigten seine Seele. Da sprach er den Wunsch aus, daß er wohl in einem Mausoleum von ähnlicher Form, wie dieses Innigener Kirchlein beerdigt werden möchte. Der Gedanke, dem der Kronprinz hier Ausdruck gegeben, wurde dann, nachdem er seinen Velden erlegen war, von der Kaiserin Friedrich verwirklicht. Sie selbst fertigte mit ihrem regen Kunstsinne eine Skizze, nach der dann Geheimrath Raschdorf die Grabstätte erbaute. Am 18. Oktober 1888, der ersten Wiederkehr des Geburtstages des verewigten Kaisers, wurde der Grundstein zu der Kapelle gelegt. Ost noch hat die Kaiserin hier gewohnt, und am Altar des Mausoleums pflegte sie um die Zeit des Todestages des

Prinzen Waldemar das heilige Abendmahl zu nehmen. Die Stätte, die sie nun für immer aufnehmen soll, war ihr längst vertraut. Inzwischen ist das Mausoleum aber auch von Tausenden Deutschen besucht worden, die dem gebildeten Herrscher eine Stunde stillen Gedankens weihen wollten. Da trat ihnen die Heldengestalt, die zu früh verfallen war, wieder lebhaftig vor die Seele. Sie sehen ja vor sich das getreue Abbild, von der Meisterhand Reinhold Beggs' geschaffen. Alles athmet Harmonie und Frieden, in diesem Todtenraume, und doch war er noch nicht vollkommen. Neben der Figur Kaiser Friedrichs erblickte das Auge des Beschauers eine große unbeschriebene Granitplatte über einer leeren Gruft. Noch einmal mußte erst der grausame Sensenmann im Hohenzollernhause Ernte halten, ehe auch diese gefüllt werden sollte.

## Prinz Heinrich von Orleans †.

Wie wir schon meldeten, ist Freitag Nachmittag in Saigon infolge innerer Verblutung Prinz Heinrich von Orleans gestorben.



Prinz Heinrich ist am 16. Oktober 1867 zu Paris geboren als Sohn des Herzogs Robert von Chartres; er ist also ein Vetter des Präsidenten Philipp von Orleans. Er erhielt im Jahre 1896 von der französischen Regierung zur Zeit des Ministeriums Bourgeois das Kreuz der Ehrenlegion für die Verdienste, die er sich bei seiner Forschungsreise durch Ostasien und Tibet erworben haben sollte. Später unternahm er in Gemeinschaft mit dem bekannten General Geontieff eine Expedition durch Avestien, zerfiel aber

mit dem Reisegefährten, weil er sein Versprechen, große Mittel zur Verfolgung französisch-russischen Pläne in der Äquatorialprovinz herbeizuschaffen unerfüllt lassen mußte. Großes Aufsehen erregte die vom Prinzen im "Figaro" veröffentlichte Behauptung, die italienischen Offiziere hätten sich während des Feldzuges gegen Abessinien und besonders nachher in der Gefangenschaft höchst unwürdig benommen und dem Sieger in selbsterneuernder Weise geschmeichelt. Diese Äußerungen entsetzten einen Sturm der Entrüstung im italienischen Offizierscorps, und ein Prinz des italienischen Königshauses, der Graf v. Turin forderte den Beleidiger der italienischen Ehre auf Säbel. Bei dem Duell wurde Prinz Heinrich nicht unerheblich verwundet, zum Jubel des ganzen italienischen Volkes.

Politisch hat Prinz Heinrich von Orleans keine Bedeutung gehabt. Die Gunst der Nationalisten besaß er seit seiner Umarmung Eszterhazy's; doch verdaß er's nie vollständig mit der Regierung. — Mit dem Vetter Präsidenten unterhielt er keine Beziehungen. Er hatte auch in der hohen Aristokratie wenig Verbindungen. Für nächsten Winter beabsichtigte er in Amerika Vorträge zu halten.

## Chorner Nachrichten.

Chorn, den 13. August 1901.

Der preussische Eisenbahnminister hat bestimmt: Bei Gesellschaftsreisen für Hin und Rückfahrt sind in der Regel die gewöhnlichen Rückfahrkarten zu verweigern, nachdem sie mit einem Vermerk „ohne Freigeß" oder noch einen weiteren Zusatz, der die Beschränkung in der Benutzung gewisser Züge ausdrückt, versehen sind. die Fahrkarten,

45 Tage gültig, sind auf der Hinfahrt nur gültig für einen zu bestimmenden Zug, auf der Rückreise gleichfalls nicht eine Beschränkung ausdrücklich ausgesprochen ist für alle Züge.

„[Eine für Handwerker wichtige Entscheidung] ist nach der „Verl. Volksztg." jüngst von der Aufsichtsbehörde getroffen worden. In Neuwedell besteht eine Bäckerzunft, die sämtliche Ortschaften des zuständigen Amtsbezirks umfaßt. Vor einiger Zeit meldete sich der Bäcker N. aus dem Nachbarorte Callies bei der Zunftung, um vor ihr seine Meisterprüfung abzulegen und als Mitglied einzutreten. Der Vorstand gab dem Antrag Folge, und N. wurde nach bestandener Prüfung zum Meister ausgerufen und als Mitglied aufgenommen. Hierüber erhob ein Zunftmitglied Beschwerde mit der Begründung, daß N. erst 2 1/2 Jahre im Bäcker-gewerbe beschäftigt sei und Callies nicht zum Zunftbezirk gehöre. Die Beschwerde ist von der Aufsichtsbehörde für begründet erachtet worden; N. wurde als Mitglied gestrichen und die Verleihung des Meistertitels an ihm zurückgezogen.

§ 8 [Entschädigungsanspruch] Wiederholt sind Entschädigungsansprüche von Grundbesitzern, Regelinteressenten, Jagdberechtigten usw. aus Anlaß der Sperrung öffentlicher Wege bezw. für Beeinträchtigung der Jagdnutzung infolge von Schießübungen der Truppen erhoben worden und von den Flurschädigungs-Kommissionen zum Theil auch anerkannt. Mit Bezug hierauf hat das Militärökonomie-Departement des Kriegsministeriums folgende Grundsätze aufgestellt, welche bei Beurteilung der erhobenen Ansprüche maßgebend sein sollen: Ein Privatrecht des Einzelnen auf Benutzung und Freihaltung öffentlicher Wege besteht überhaupt nicht gegen die zuständige Be-

hörde, welche die Einziehung oder zeitweilige Sperrung im öffentlichen Interesse anordnet. Erfordert das öffentliche Interesse eine zeitweilige Sperrung oder Einziehung öffentlicher Wege, so erwächst dadurch den in der Benutzung der Wege Gehinderten kein Entschädigungsanspruch, auch den Eigenthümern der an den Weg grenzenden Grundstücke nicht, da diese — abgesehen von den innerhalb der Ortschaften gelegenen Straßen — nicht mehr Rechte an den Wegen haben, als jeder andere an dem Gemeingebrauch Theilhabende. Das Jagdrecht besteht nicht in dem Eigenthum an bestimmten jagdbaren Thieren, noch in dem Anspruch auf ungehinderte Erhaltung eines gewissen Wildstandes, noch endlich in einer Unterjagdsbefugniß gegen jede Handlung, welche möglicherweise die Verminderung des Wildes herbeiführen könnte, sondern lediglich in dem ausschließlichen Rechte, in einem gewissen Bezirke — mag er Eigenthum oder erpachtet sein — Wild aufzusuchen und sich anzueignen. Das Jagdeigenthum läßt sich daher dem Eigenthum an bestimmten Feldfrüchten, Holzbeständen u. s. w. nicht gleichstellen, sodaß auch eine Verpflichtung zur Entschädigung für behauptete Jagdschäden durch Schießübungen der Truppen u. s. w. nicht besteht.

\* [Vorschriften für Rechtskonsulenten etc.] Die im Wege einer ministeriellen Polizeiverordnung zu erlassenden Vorschriften über den Gewerbebetrieb von Personen, die fremde Rechtsangelegenheiten und bei Behörden wahrzunehmende Geschäfte besorgen, oder die über Vermögensverhältnisse oder persönliche Angelegenheiten Auskunft ertheilen, enthalten im Entwurf im Wesentlichen folgende Bestimmungen: Die Eröffnung des Gewerbebetriebes ist unter Bezeichnung des Geschäftslokals innerhalb zwei Wochen der Polizeibehörde des gewerblichen Niederlassungsortes anzuzeigen. In 14tägiger Frist sind auch bereits bestehende Gewerbe, sowie jeder Wechsel des Geschäftslokals zu melden. Der Gewerbetreibende hat ein Geschäftsbuch und ein Geld- und Urkundenbuch nach vorgeschriebenem Formular zu führen. Vor der Ingebrauchnahme der Bücher sind dieselben von der Ortspolizeibehörde unter Beglaubigung der Seitenzahl abzustempeln. Nachuren dürfen nicht vorkommen; die Verichtigung unrichtiger Eintragungen muß so erfolgen, daß dieselben leserlich bleiben. Alle schriftlichen und mündlichen Geschäftsaufträge sind in das Geschäftsbuch in der Reihenfolge des Einganges in deutscher Sprache mit fortlaufender Nummer einzutragen. Die zur Erledigung der Aufträge vorgenommenen Geschäftshandlungen und der Eingang von Geldern und Werthgegenständen sind an demselben Tage bei der den Auftrag betreffenden Eintragung zu vermerken. Bei Prozeßaufträgen, Erbschaftsregulirungen, Vermögensverwaltungen und allen Vollmachtsaufträgen sind Handakten anzulegen und überfichtlich zu führen. Die Eintragungen in das Geld- und Urkundenbuch sind unmittelbar nach dem Empfang zu bewirken. Die amtlichen Schriftstücke müssen oben links am Rande Namen, Wohnung und Geschäftsnummer aufweisen. Der Gewerbetreibende ist für ordnungsmäßige Führung der Bücher und Akten auch dann verantwortlich, wenn er die Führung einer anderen Person überträgt. Die Bücher, Akten und Schriftstücke sind der Ortspolizeibehörde und ihren Organen auf Erfordern vorzulegen, wobei jede verlangte Auskunft zu geben ist. Die Geschäftsbücher, Geld- und Urkundenbücher, welche nicht mehr benutzt werden sollen, hat der Gewerbetreibende der Ortspolizeibehörde zur Vertheilung des Abchlusses vorzulegen und 10 Jahre nach dem Abchlusse aufzubewahren. Das Gleiche gilt, wenn der Geschäftsbetrieb aufgegeben wird. Auf Personen, welche ausschließlich Auskunft über den Gewerbebetrieb und die Kreditfähigkeit von Gewerbetreibenden ertheilen, finden diese Vorschriften keine Anwendung.

## Hausbesitzer-Verbandstag.

Der 23. Verbandstag des Centralverbandes der städtischen Haus- und Grundbesitzer-Vereine Deutschlands in Hannover verhandelte am Donnerstag über die Baugenossenschaftsfrage. Der Vorstand wurde beauftragt, über das Ergebnis der Erörterung dem nächsten Verbandstage Bericht zu erstatten. — Ferner wurde der Antrag angenommen, den Verbandsdirektor zu beauftragen, beim Bundesrathe und Reichstage dahin vorstellig zu werden, daß im Wege der Interpretation oder der Abänderung des Invaliditätsversicherungsgesetzes ausgesprochen werde, eine Versicherungspflicht bezüglich der Haushalterehesfrauen und sonstiger Familienangehörigen, welche dem Hausbesitzer nicht



